



**DACHVERBAND DER UKRAINISCHEN
ORGANISATIONEN IN
DEUTSCHLAND E.V.**

**ОБ'ЄДНАННЯ УКРАЇНСЬКИХ
ОРГАНІЗАЦІЙ У НІМЕЧЧИНІ**

Dachverband der Ukrainischen Organisationen in Deutschland e.V.
Postfach 10 04 28 • D-80078 München

Postfach 10 04 28
D-80078 München

Telefon:
E-Mail: info@dach-ukraine.de
www.dach-ukraine.de

30. Januar 2022

Offener Brief: Zur Haltung Deutschlands angesichts der russischen Aggression gegen die Ukraine

Sehr geehrte/r [...],

[...]

Wir sehen uns als Teil der bürgerlichen Gesellschaft in Deutschland und betrachten es als unsere Pflicht, eine Stimme der Ukraine in Deutschland zu sein, die heute für ihre Freiheit und europäische Werte kämpft.

Für viele der in Deutschland lebenden Ukrainerinnen und Ukrainer als auch deutschen Staatsbürgern ukrainischer Abstammung, deren Verwandten und Freunden sowohl in Deutschland als auch in der Ukraine ist die Bedrohung durch den Kreml keine abstrakte Vorstellung, sondern unmittelbare Realität. Und für viele gab die oftmals widersprüchliche und mehrdeutige Haltung der vorigen Bundesregierung, die sich häufig darauf beschränkte, ihre Besorgnis zu äußern und darauf zu bestehen, beide „Konfliktparteien“ mögen an den Verhandlungstisch zurückkehren und die Minsker Vereinbarungen einhalten, Anlass zur Sorge. Man hatte den Eindruck, dass ein Bild von zwei „streitenden Parteien“ suggeriert wird, die sich nicht einigen können oder wollen.

[...]

Wir hoffen und wünschen Ihnen, dass opportunistischer Zynismus zunehmend der Vergangenheit angehören und eine konsequente Haltung zusammen mit der in ihrem Koalitionsvertrag festgeschriebenen „**wertebasierten Außenpolitik**“ in die Tat umgesetzt wird und nicht kurzfristigen nationalen bzw. wirtschaftlichen Interessen zum Opfer fällt, die immer wieder mit der deutschen „Schuld“ vor Russland begründet werden. Diese Verantwortungsgefühle gegenüber dem Regime im Kreml, welches sich im Gegensatz zu Deutschland in keinsten Weise seiner Schuld für die **ungeheuren Verbrechen der Sowjetunion** – der Reinkarnation eines imperialen Russlands – bewusst ist, überraschen und schockieren. Angesichts der Tatsache, dass der Kreml überdies gerade diejenigen verfolgt und bestraft, die sich um die Aufarbeitung sowjetischer Verbrechen bemühen, wie etwa die Menschenrechtsorganisation Memorial, ist die deutsche Haltung zum hybriden Krieg Russlands gegen die Ukraine *nur noch mit äußerster Mühe nachzuvollziehen*.

Die gängigen Äußerungen von Besorgnis und unerschütterlicher Unterstützung bei gleichzeitiger Verweigerung militärischer Hilfe und konsequentem Beharren auf der deutschen Verantwortung tragen

zu Verärgerung und Spott in Teilen der ukrainischen Medien und unter der Bevölkerung in Bezug auf Deutschland bei. Der jüngste Skandal um den deutschen Marine-Chef Schönbach erscheint in diesem Licht wie ein typisches Symptom.

Seit einiger Zeit hat das Kreml-Regime damit begonnen, den Druck auf die ukrainische Seite massiv zu erhöhen. Die russischen Truppenkonzentrationen an den ukrainischen Grenzen, die aggressive Zeichnung eines ukrainischen Feindbildes in den russischen staatlich dominierten Medien und die primitiven Aussagen russischer Politiker, wie etwa des Duma-Abgeordneten Pjotr Tolstoj, eines Nachkommen des bekannten russischen Schriftstellers, der davon spricht, dass *„die Ukraine selbstverständlich ein Teil Russlands ist“* und dass man *„dieses Häufchen Ehrenloser, welches auf verfassungswidrigem Weg die Regierung gestürzt hat, an Laternenpfählen aufknüpfen muss...“*, aber auch die nicht misszuverstehenden *Drohungen* des Kremlfürsten lassen Böses erahnen.

Daher ist es vor allem die Verteidigungsfähigkeit und -bereitschaft der Ukrainerinnen und Ukrainer aber auch eine feste und konsequente Position des demokratischen Westens, die Russland abschrecken können, einen neuen, heißen Krieg in Europa zu beginnen. Einen Krieg, der übrigens auch und insbesondere Deutschland betreffen würde, zum einen aufgrund der notwendigen Investitionen in den Bereichen Sicherheit und Militär und zum anderen aufgrund der schlimmstenfalls zu erwartenden Flüchtlingsströme nach Deutschland, welches aufgrund des Zweiten Weltkrieges eine besondere Verantwortung für die Ukraine hat, wie immer wieder betont wird.

Es ist für die Bundesrepublik Deutschland im ureigensten Interesse, eine militärisch starke Ukraine zu unterstützen. Solange in der Ukraine Widerstand gegen die russische Aggression geleistet wird, kann sich Europa in Sicherheit wähen. Man würde damit auch anerkennen, dass Europa und europäische Werte in der Ukraine verteidigt werden und gleichzeitig auch die Mär vom opportunistischen, „verweichlichten“ und „demoralisierten“ Westen als russisches Wunschdenken entlarven.

Man sollte sich keinen Illusionen hingeben und auf „Wandel durch Handel“ hoffen. Solange Russland die eigene Geschichte nicht kritisch durchleuchtet und daraus Konsequenzen zieht, ist eine dauerhafte partnerschaftliche und friedliche Koexistenz nicht zu erwarten.

Wir fürchten jedoch, dass die weiche Haltung der vorigen Bundesregierung ihre Fortsetzung auch in der neuen Koalition wiederfinden könnte und die Beschwichtigung des russischen Aggressors auf Kosten des Opfers ein wesentliches Merkmal der deutschen Haltung und Außenpolitik bleibt. Dazu gehört auch die Heranziehung der sogenannten Steinmeier-Formel verbunden mit der Forderung, die Ukraine möge bei der Erfüllung der Vereinbarungen „in Vorleistung treten“.

Wir rufen Sie dazu auf, zu handeln, die Dinge mutig und konsequent beim Namen zu nennen und nicht von einem „Konflikt in der Ostukraine“ oder von „Konfliktparteien“ zu reden, sondern von einer **russischen Aggression**. Wir wünschen uns auch, dass die politischen Akteure der Bundesrepublik Deutschland die Ukraine auf Augenhöhe behandeln und nicht länger von einem „Preis“ für die Aggression Russlands gegen die Ukraine sprechen, sondern von Konsequenzen für Russland. Die Rede von einem „Preis“ würdigt die Ukrainer und ihr Land zu einer Handelsware herab und suggeriert, dass man sich über diesen Preis einig werden könnte.

In den letzten 100 Jahren hat die Ukraine einen **extrem hohen Preis** für ihre heutige Unabhängigkeit gezahlt: Der verlorene Kampf der jungen sozial-demokratischen Ukrainischen Volksrepublik gegen die Rote Armee in den Jahren 1918-21, die Vernichtung der ukrainischen Bildungsschicht und der Bauernschaft (Holodomor, 1932-33), die hohen Bevölkerungsverluste und die Vernichtung der wirtschaftlichen Infrastruktur durch sowjetischen und deutschen Terror im Zweiten Weltkrieg und die totale Russifizierung der Ukraine verbunden mit der Verfolgung ukrainischer „Dissidenten“.

In den 1990er Jahren hat die Ukraine einen weiteren hohen Preis bezahlt, als es darum ging, die Spannung in Europa zu reduzieren, und sie sich bereit erklärte, ihre Atomwaffen im Austausch für vermeintliche Sicherheitsgarantien abzugeben. 2014 stellte sich heraus, dass das **Budapester Memorandum** das Papier nicht wert war, auf dem es geschrieben stand.

Auch bei **Nord Stream 1 und 2** hat sich erwiesen, dass die ukrainischen Befürchtungen, es handele sich um ein geopolitisches Projekt Russlands, vollkommen berechtigt waren. Wie wird Deutschland reagieren, falls Russland gegen die Ukraine vorgeht? Wird man günstige Gaspreise vorziehen und weiterhin die Lieferung militärischer Ausrüstung blockieren?

Die umfangreichen Ultimaten des Kremls gehen zwischenzeitlich weit über die Ukraine hinaus und zeigen, dass fehlende Demokratisierung und die Versäumnisse der letzten 30 Jahre im Umgang mit Russland und dessen Engagement in Transnistrien, Georgien und der Ukraine nun böse Früchte tragen und den russischen Appetit anheizen. Nicht nur die baltischen Länder oder Polen spüren die Bedrohung,

die von Russland ausgeht, zwischenzeitlich wird auch in Finnland ein Beitritt zur NATO ernsthaft in Erwägung gezogen und auch andere osteuropäische Länder verlangen eine stärkere NATO-Präsenz.

Die bisherige deutsche Politik, keine Waffen in Krisengebiete zu liefern, trägt *in keinsten Weise* dazu bei, die russische Aggression zu dämpfen, im Gegenteil – sie schmälert die Möglichkeiten des Angegriffenen und liefert ihn auf Gedeih und Verderb der Willkür des Aggressors aus, der - um den amerikanischen Außenminister Blinken zu zitieren - sich wie ein Fuchs verhält, „*der behauptet, dass vom Hühnerstall eine derartige Gefahr ausgehe, dass er gar keine andere Wahl habe, als dort einzufallen*“. Die Bundesregierung darf den russischen Forderungen hinsichtlich notwendiger Sicherheitsgarantien nicht nachgeben, da diese in letzter Konsequenz bedeutet, Russland freie Hand in Osteuropa zu lassen.

Es reicht 2022 nicht mehr aus, lediglich von schwerwiegenden Konsequenzen zu sprechen. Diese müssen auch eintreten. 2014 war die Ukraine nicht auf eine russische Invasion vorbereitet - weder mental noch militärisch, weil man sich nicht vorstellen konnte, dass Russland ernsthaft militärisch gegen die Ukraine vorgehen würde. Heute jedoch scheint sich Deutschland in derselben Lage zu befinden. Die Annahme, es handele sich bei dem „Ukraine-Problem“ um eine ferne Gefahr ist trügerisch. Es stellt sich hingegen die Frage, ob deutsche Staatsbürger heute bereit wären, sich selbst und ihr Land zu verteidigen. Daran bestehen berechtigte Zweifel.

Ungeachtet der aktuellen deutschen Haltung rufen wir Sie dazu auf, diese zu überdenken, konkrete Unterstützung zu leisten, die hilft, die imperialistischen Ambitionen des Kremls zu stoppen, und die Lieferung von militärischer Ausrüstung für die Ukraine zu ermöglichen.

Wir [...] hoffen, dass die politischen Eliten in Deutschland zu verstehen beginnen, dass Europa seit 2014 im wahrsten Sinne des Wortes in der Ukraine verteidigt wird und künftige Generationen in ihren Geschichtsbüchern über den Erfolg oder über das Scheitern eines demokratischen und freiheitlichen Europas werden nachlesen können.

Mit freundlichen Grüßen

[...]

Der DUOD ist eine zentrale Repräsentation ukrainischer Organisationen in Deutschland. Zu seinen Aufgaben zählen Koordination, Repräsentation und Interessensvertretung für in Deutschland lebende Ukrainer. Der DUOD ist eine Nachfolgeorganisation der ehemaligen Zentralvertretung der Ukrainer in Deutschland (ZVUD, München), welche nach dem Zweiten Weltkrieg eine Stimme der Ukraine war und die Interessen von ukrainischen Ostarbeitern, KZ-Häftlingen, Emigranten und ehemaligen Widerstandskämpfern vertrat. Amtlicher Sitz des Vereins ist Berlin, das Büro befindet sich in München. Der Verband besteht aus 20 gemeinnützigen Vereinen. Gegründet wurde er 2012 in Berlin und ist seit 2013 Mitglied des Ukrainischen Weltkongresses (UWC).